

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 7 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugabepreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Witafieber - kostenlos

Berlin, 18. Februar 1927

Die Arbeitslosenversicherung.

Organisatorische Einheit oder Zerstückelung?

Zu den zahlreichen Problemen einer Arbeitslosenversicherung und zu dem von der Regierung dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf hat die „Gewerkschafts-Zeitung“ in zusammenhängenden Aufsätzen sehr eingehend Stellung genommen. Inzwischen haben Wirtschaftsrat und Reichstag den Entwurf durchgearbeitet. Die Reichsregierung hat jetzt den nach einigen Beschlüssen des Reichsrats etwas abgeänderten Entwurf dem Reichstag vorgelegt und hat dabei die Auffassung vertreten, der Reichstag könne das Gesetz so schnell verabschieden, daß es bereits mit dem 1. April 1927 in Kraft treten kann. Maßgebend für die etwas wertwürdige Eile ist in erster Linie der Wunsch des Reichsfinanzministers. Die Kostendeckung, über die noch eingehend zu reden ist, liegt nach dem Entwurf bei den Versicherten und ihren Angehörigen, während die sog. sogenannte „Arbeitslosenversicherung“ geht, also Fortgewährung der Unterstützung in Krisenzeiten über die Höchsthöhe der Versicherung hinaus. Außerdem soll das Reich rückzahlbare Darlehen an die Versicherung gewähren, sobald die Beiträge (bis 3 Proz. des Lohnes) zur Deckung der Versicherungsleistungen vorübergehend nicht reichen. Diese Konstruktion läßt Gemeinden und Länder von der Kostendeckung frei. Um diesen Körperlichkeiten die Möglichkeit zu geben, schon die Etats 1927/28 von der bisherigen Belastung durch die bisherigen Aufwendungen für die arbeitslose unterführende Erwerbslosenfürsorge freizumachen, drängt der Finanzminister auf Klarheit bis zum 1. April. Ihm ist die Kostenregelung ein Stütz des vielumstrittenen Finanzausgleichs.

Hoffentlich läßt sich das Parlament durch diese Erwägungen nicht zu einer über angebrachten Eile drängen. Es wäre verhängnisvoll, wenn in einigen knappen Wochen ein so wichtiges und in seinen grundsätzlichen Teilen so umständliches Gesetzwerk zusammengebastelt würde. Die Gewerkschaften haben sicher alles Interesse daran, daß die Fürsorgeverordnung durch eine Versicherungsversicherung ersetzt wird, aber sie haben wirklich kein Interesse, daß der Finanzausgleich wegen mit übertriebener Eile bearbeitet wird. Unsere folgenden Darlegungen sollen die wichtigsten grundsätzlichen Fragen, die ihrer Lösung harren, noch einmal aufzeigen.

Fast allgemein einig ist man darüber, daß die kommende Versicherung eine einheitliche sein muß. Ein einheitlicher Organismus soll alle Versicherten umfassen. Nur eine Gruppe wendet sich gegen dieses Grundprinzip. Die bürgerlichen Angestelltenverbände wollen ihre Mitglieder dieser Einheit herausreißen und für sie die Versicherung dem Verband angegliedert wissen. Während die freien Gewerkschaften ihre früher erhobene grundsätzliche Forderung nach Angliederung der bürgerlichen Arbeitslosenversicherung an die Verbände (z. B. Genter System) zurückstellen zugunsten einer einheitlichen Versicherung, verlangen die bürgerlichen Angestelltenverbände nunmehr die Zulassung von Verbandsarbeitslosenstellen. Die im Gewerkschaftsbund und „Gewerkschaftsring“ vereinigten Arbeitergewerkschaften neigen stärker zur Auffassung der freien Gewerkschaften, können aber wollen sich jedoch nicht dem Druck der mit ihnen verbundenen Angestelltengewerkschaften entziehen.

Da die bürgerlichen Angestelltenorganisationen (Geba und GdV) ihr Ziel mit allen offenen und versteckten Mitteln zu erreichen suchen und da ihr Einfluß die bessere Einflüsse auch im Reichsarbeitsministerium zu untergraben drückt, muß zunächst diese Frage etwas eingehender unterzucht werden. Die freien Gewerkschaften — ADGB und IFA-Bund — verzichten auf das Genter System, weil ihnen das Ziel einer systematischen Arbeitsmarktpolitik über allem stand. Wie sie sich in erster Linie aus gelangweilt-wirtschaftlichen Gründen für den möglichst länderlosen Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises und für seine systematische Verbesserung einsetzen, so wollen sie auch den Arbeitslosensicherung systematisch durchorganisieren unter engster organisatorischer Zusammenfassung von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. Nur so sollen sich die starken Verbindungen im Arbeitsapparat der Wirtschaft, die einen Ausgleich zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den sich vererbenden Bezirken verlangen, um das Wohl der Gesamtwirtschaft regeln. Die meisten Ziele operieren die freien Gewerkschaften ihre grundsätzliche Forderung nach dem Genter System. Der Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring streben unter dem Druck ihrer Angestelltenorganisationen einzeln nach verbandswirtschaftlichen Zielen. Sie wollen die Übertragung der Arbeitslosenversicherung auf die Gewerkschaften, um die Mitglieder stärker an ihre Organisation zu fesseln und kümmern sich den Teufel um gelangweilt-wirtschaftliche Ziele.

Dabei rechnet man augenblicklich mit der Möglichkeit, diese Versicherungsform nur auf die Angestelltenverbände

zu erstrecken. Es ist die alte Rechnung: die bürgerlichen Parteien, vielleicht auch die Unternehmerverbände, sind leicht geneigt, in sozialpolitischen Dingen die Angestellten von den Arbeitern zu trennen. Die letzte Neuregelung der Knappschaftsversicherung ist hierfür ein nur zu berechtigtes Zeichen. Teile und herrsche. Und so rechnet man auch bei der Arbeitslosenversicherung mit der Möglichkeit, daß den Angestelltenorganisationen entgegen Verwahrung und den Forderungen der freien Angestelltenverbände eine Extrarücklage gebildet wird. Daß* wird der Einfluß der bürgerlichen Angestellten auf die bürgerlichen Parteien bis zu den Deutschen Nationalen und ihr starker Einfluß im Reichsarbeitsministerium in Rechnung gestellt.

Die Erfüllung der Forderung nach einer nach Verbänden getrennten Arbeitslosenversicherung bedeutet Verzicht auf das vornehmste Ziel, die einheitlich beeinflusste, systematisch durchgeführte und von irgenbwelchen Verbandswegweisen losgelöste Arbeitsmarktpolitik. Arbeiter und Angestellte müssen von einer einheitlichen Versicherung umfaßt werden. Diesen Grundlag werden die freien Gewerkschaften nicht verlassen. Glaubt irgendein Ressort in irgendeinem Ministerium aber, es könnte Geduld und Geduld zuliebe diesen Grundlag verlassen, so muß es sich klar sein, daß es damit die Einheitlichkeit der Versicherung nicht nur ein klein wenig stört, sondern daß sie damit gründlich zertrümmert wird. Hoffentlich wird niemand so töricht sein zu glauben, es könnte den Angestelltenorganisationen ein Recht gegeben werden, das man den Arbeiterverbänden vorenthalten könnte.

Die Lösung kann also nur sein: entweder einheitliche Versicherung, die alle Arbeitnehmer — Arbeiter und Angestellte — einheitlich umfaßt, oder Übertragung des Rechtes, die gesetzliche Arbeitslosenversicherung für die Verbandsmitglieder in enger Anlehnung an den einzelnen Verband durchzuführen. Ein Mittelweg gibt es nicht. Würde ein solches Recht von einer Gewerkschaftsgruppe zugunsten (und daran bestände natürlich kein Zweifel), so wäre die von uns gewünschte Einheitlichkeit ohnehin gestört und es bestände kein Zweifel, daß nicht auch alle Arbeiterverbände prüfen müßten, ob nicht auch sie die gesetzliche Arbeitslosenversicherung für ihre Mitglieder selbst durchführen müßten.

Wir glauben diese Fragen in den Vorbergrund einer Darlegung der zahlreichen zu lösenden Probleme stellen zu sollen, da wir klar sein müssen, auf welchem Untergrund die kommende Arbeitslosenversicherung errichtet werden soll. Wer Arbeitsmarktpolitik will und wer vor die Aufgabe, Erwerbslose zu unterstützen, die primäre Aufgabe stellen will: Arbeitslosigkeit möglichst zu verhindern durch berufliche und bezirkliche Ausgleich und Umstellung, durch Umschulung und Berufsaussie und dergleichen, der muß auch die uneingeschränkte Einheitlichkeit wollen. Die freien Gewerkschaften erstreben dieses Ziel, aber nur dann, wenn alle Teile der Arbeitnehmererschaft der hierzu nötigen Organisation unterstellt werden. Der Reichstag und vor allem die verantwortlichen Regierungsstellen (besonders an letztere möchten wir diese Mahnung mit aller nur denkbaren Deutlichkeit richten) sollten sich daher sehr reiflich überlegen, ob sie dem offenen und mehr noch geheimen Wählen der bürgerlichen Angestelltenverbände nachgeben wollen.

Der Reichstag hat am 7. Februar die erste Lesung des Gesetzentwurfs über eine Arbeitslosenversicherung bereits vorgenommen. Die Regierung beabsichtigt ernstlich dieses Gesetz so schnell wie möglich, schon am 1. April, in Kraft zu setzen und die Unterstützungsfälle herabzudrücken. Als Vertreter der Gewerkschaften hat der Vorliegende des Fabrikarbeiterverbandes, Breg, mit allem Nachdruck die Mängel dieses Entwurfs gekennzeichnet.

Der Abbau der Unterstützung wird damit begründet, daß dadurch die Arbeitslosen angezogen würden, sich etwas elziger nach Arbeit zu bemühen als es jetzt der Fall sei. Man sollte die Leute, die solches vertreten, mal ein halbes Jahr lang zwängen, von der Erwerbslosenunterstützung zu leben und nach Arbeit zu suchen. In Wahrheit ist die Erwerbslosenunterstützung den Unternehmern schon lange im Wege, denn sie verhindert zu einem Teil das Angebot der Erwerbslosen zu Hungerlöhnen und damit auch den verstärkten Lohndruck, den die Unternehmer nicht zur Durchführung bringen konnten. Durch Herabsetzung der Unterfühlungen will man das nunmehr zu erreichen suchen. Die Arbeiter sollen genötigt werden, um jeden Preis, den der Unternehmer bietet, sich um Arbeit zu kaufen. Der Regierungsentwurf hat sieben Lohnklassen. Diese setzen einen Einheitslohn vor, nach welchem die Unterstützung berechnet wird: 1. Klasse Wochenlohn bis 12 M., 2. Klasse 12 bis 18 M., 3. Klasse 18 bis 24 M., 4. Klasse 24 bis 30 M., 5. Klasse 30 bis 36 M., 6. Klasse 36 bis 42 M., 7. Klasse 42 M. und darüber. In diesen Lohnklassen ist der Einheitslohn wie folgt: 12, 15, 21, 27, 33, 39 und 42 M. In diesen sieben Klassen ist die Hauptunterstützung festgesetzt in Klasse 1 und 2 auf 45 Proz. in Klasse 3, 4 und 5 auf 40 Proz., in Klasse 6

und 7 auf 35 Proz. des Einheitslohnes. Verheiratete sollen für jeden zuschlagberechtigten Angehörigen 5 Proz. des Einheitslohnes mehr bekommen, jedoch nicht mehr als 70 Proz. in Klasse 1 und 2. In Klasse 3, 4 und 5 65 Proz., in Klasse 6 und 7 60 Proz. des Einheitslohnes. Die Bedingen sollen danach erhalten 5,40, 6,75, 8,40, 10,80, 13,20, 13,65 und 14,70 M. Verheiratete mit zwei Kindern: 7,20, 9,—, 11,55, 14,85, 18,15, 19,50 und 21,— M. Es wäre müßig, daran besondere Kombinationen zu knüpfen. Hoffen wir, daß es den Arbeitervertretern gelingt, die geplanten Verschlechterungen aus dem Gesetzentwurf zu entfernen.

Vor allem muß auf Selbstverwaltung bestanden werden. Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenunterstützung sind nicht voneinander zu trennen, deshalb muß die Arbeitsvermittlung, mehr als es jetzt der Fall ist, unter den Einfluß der Arbeitervertreter gestellt werden. Das rechtfertigt sich auch schon aus der Art und Weise, wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Zwei Drittel von den Arbeitern und ein Drittel aus dem Arbeitsertrag. Da aber nur die Arbeit Werte schaffen kann, ist das auch nur eine Form, als ob dem Ansehen nach der Unternehmer ein Drittel zahlt, es wird ihm allerdings vom Gewinn abgezogen.

Es ist nun die Frage, wie weit sich in diesen Reichstags eine Mehrheit finden wird, die es verhindert, daß der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Gestalt angenommen wird.

Kulturbilder.

Moderner Wohnungsbau.

In verschiedenen Baufachzeitschriften, wie z. B. in der Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“, die vom ADGB seit dem 1. Januar 1927 herausgegeben wird, macht man jetzt Propaganda für fortschrittliche Baumethoden. In dem sechsten erschienenen Heft 1/2 werden nun Abbildungen gebracht von Wohnungsbauten, die in Hermsdorf in Thüringen ausgeführt wurden. Und in der „Dachdecker-Zeitung“ finden wir Abbildungen von Bauten aus der städtischen Siedlung Dittelsbach bei Duisburg. In Dessau hat man kürzlich das sogenannte Bauhaus fertiggestellt, von dem ja alle illustrierten Blätter Abbildungen gebracht haben, so daß sich unsere Leser auch ohne Bilder an dieser Stelle eine Vorstellung von dieser Bauweise machen können. Es sind dem Aussehen nach durchaus nützliche Zementbauten mit flachen Dächern, die absolut nichts Unheimliches oder gar Traulich-Emittliches an sich haben.

Die Wohnungsnot und das Bedürfnis nach Wohnungen bringen es mit sich, daß man die vor dem Kriege eingeleitete Bewegung zur Verbesserung der Bandtschafts- und Städtebilder wieder ganz außer Betracht läßt.

Damals hatte der Vater und Innenarchitekt Schulze-Naumburg im „Kunstwart“ durch Beispiele und Gegenbeispiele zwischen alter und neuer Bauweise drastisch vor Augen geführt, wie wunderbar es die alten Baumeister verstanden haben, ihre Bauwerke dem Bandtschaftscharakter harmonisch einzugliedern, während die neue Bauweise die Natur direkt verhandelt hatte. Dadurch wurde eine Reformbewegung angefaßt, in deren Verlauf man sich mit gutem Erfolg bemüht hat, diese Anregungen zu beachten. Es ist dann wirklich manches schöne Bauwerk geschaffen, und manches Städtebild ist dadurch vorteilhaft umgestaltet worden.

Diese Sorgfalt scheint man jetzt wieder gänzlich beseitigen zu wollen; denn wenn man diese kalten, flachen Bauten, die wie große Kästen anmuten, betrachtet, dann fröstelt einem unwillkürlich. Es muß doch verlangt werden, daß gerade die Bauunternehmungen, die mit Arbeitergeldern finanziert werden, es sich angelegen sein lassen, die Erfahrungen zu beachten, die mit der Verschönerung der Bandtschaften durch schlechte Bauwerke gemacht wurden.

In der „Wohnungswirtschaft“ schreibt R. Leimacher: Die Schaffung einer Studiengesellschaft für neues Bauen sei eine dringende Tagesfrage. Es handelt sich nicht nur um Erprobung neuer Baumethoden, sondern ebensosehr um das Ausprobieren dieser technischer Neuerungen im Ausbau und in der Einrichtung des Hauses bzw. der Wohnung.

Wirklich fruchtbare, zielbewußt aufbauende Arbeit kann auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaus für die minderbemittelten Volksteile nur die Gemeinwirtschaft leisten. Die „Dewag“ habe es sich zur Aufgabe gemacht, alle Kräfte zur Erreichung dieses Zieles zusammenzufassen, Bauvereinigungen, Mieterverbände, Gewerkschaften, Kommunen, Bauhütten usw. bilden die Träger der großen Idee; Volksfürsorge, Arbeiterkassen u. a. unterstützen das Werk.

Das klingt alles sehr verhelfungslos; für die minderbemittelten soll gebaut werden! Solche Absichten haben alle Bau- und Siedlungsgenossenschaften ihren Unter-

Die Konzentration in der Einleum-Industrie.

Ueber den Zusammenstoß der Einleumfabriken haben wir bereits berichtet, auch von der sofort erfolgten Neuregulierung der Verkaufspreise, des Händler-rabatts und der Preise für das Verlegen des Materials.

Die Berichte über das Geschäftsjahr 1926 weisen trotz geschätzter Bilanzierung, die wohl meist mit Verschleierung richtiger Verhältnisse ist, recht hübsche Gewinnerträge auf.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1927.

Bericht haben 160 Verwaltungsstellen mit 26 481 Mitgliedern, davon 4638 weiblichen. Nicht berichtet haben 21 Verwaltungsstellen mit 832 Mitgliedern, darunter 62 weiblichen.

Table with 6 columns: Stunden, männl., weibl., zusammen, Ende, Ende. Rows show data for 1-8, 9-16, 17-24, 25+ hours and a total.

Für Offenbach a. M. meldet der Arbeitsmarkt über die Stellenangelegenheiten:

Table with 5 columns: Stellenkategorie, 1., 2., 3., 4., 5. Rows include Maschinenführer, Sattler, Portefeuller.

Nicht berichtet haben von den größeren Verwaltungsstellen: Elbing, Bochum, Hagen, Eberfeld, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Karlsruhe, Neulingen und Gera. B. E.

Jahresbericht der Verwaltungsstelle Bauhen für das Jahr 1926.

Wie anderwärts, war auch in Bauhen das Kennzeichen der Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für uns Arbeiter. Die Unternehmer haben alles versucht, unsere Notlage auszuweichen und stellen mit Vorliebe junge, ungelernete Arbeiter ein, die am billigsten sind, die Familienverhältnisse aber möchten sie verhungern lassen.

Was die einzelnen Branchen betrifft, so versuchte die Tapeziererinnung den Tarifvertrag außer Kraft zu setzen. Als das nicht gelang, kündigte sie den Tarif; wir konnten indes am 23. Juli einen neuen Tarif abschließen.

In den Handwerksbetrieben - Sattler - wurden bei 17 Werkstätten 28 Lehrlinge gehalten. Die Lage ist durch die Autobranche verschlechtert und keine Aussicht auf Besserung.

An der Autobranche wurden durch Nationalierung rund 60 Proz. der Arbeiter erwerbslos. Den Tarifvertrag suchte man zu umgehen, als das misslang, suchte man durch Stilllegung zum Ziel zu kommen und den Metallarbeitertarif einzuführen.

In der Lederwaren-, Koffer- und Sportartikelbranche legte im Herbst durch Mühsarbeit eine Besserung ein. Annähernd 120 Berufsangehörige haben zurzeit Beschäftigung.

Bei den Tapezieren betragen die Löhne für Ausgalerie 61 Pf., für über 23 Jahre alte 83 Pf. Bei den Sattlern 55 Pf. und 79 Pf. In der Kofferbranche 90 Pf. Die Einnahmen für die Hauptklasse betragen sich auf 2680,61 Mt., davon mußtten 1626 Mt. für Erwerbslosen, 320,50 Mt. für Krankenunterstützung aufgewendet werden.

Was in unseren Kräften stand, haben wir getan. Frisch auf zu neuer Arbeit! Max Löhner.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Jahresversammlung vom 7. Februar. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und begrüßte die Kollegen, die jetzt dem Verbande 25 Jahre angehören, die übrigen Kollegen forderte er auf, diesen nachzueifern und ebenfalls dem Verbande die Treue zu bewahren.

Die Tariffrage ist, auch nach dem Tariflohn zu verdienen. Mit Ausnahme ganz weniger, besserer Artikel, lassen die Arbeitgeber alles in der Heimindustrie anfertigen, wo Frauen und Kinder mithelfen müssen, um nur soviel zu verdienen, damit das Leben einigermaßen gestützt werden kann.

Die Tariffrage ist, auch nach dem Tariflohn zu verdienen. Mit Ausnahme ganz weniger, besserer Artikel, lassen die Arbeitgeber alles in der Heimindustrie anfertigen, wo Frauen und Kinder mithelfen müssen, um nur soviel zu verdienen, damit das Leben einigermaßen gestützt werden kann.

Mühlhausen i. Th. Versammlung vom 4. Februar. Gauleiter Wirth sprach über Wirtschaftskrisis, Arbeitslosigkeit und Ueberflutungenwesen. Nachdem er eine lebhafteste Aussprache statt und wurde die große Erwerbslosigkeit in unserer Verwaltungsstelle beleuchtet. Es wurde festgestellt, daß gerade unser Verband den größten Prozentsatz an der Arbeitslosigkeit im Orte zu verzeichnen hat.

festgestellt, daß gerade unser Verband den größten Prozentsatz an der Arbeitslosigkeit im Orte zu verzeichnen hat. In der Jahresversammlung, die bereits am 10. Januar stattfand, wurde der alte Verband einstimmig wiedergewählt. Kollege H. Müller als erster Vorsitzender, Kollege Aufmann als Kassierer und Kollege Kleinshmidt als Schriftführer. Walter Kleinshmidt.

Rundschau.

Metallarbeiter-Ansperkung in Sachsen. In Leipzig standen einige tausend Metallarbeiter im Streit um die Ueberführung des Achtstundentages, während die Unternehmer die 52 Stunden beibehalten wollten.

Ueber den Konsum von Braunkohle entnehmen wir einer Statistik folgende Zahlen. In europäischen Ländern wurde auf den Kopf in Litern getrunken resp. verbraucht: Schweden 3,70, Frankreich 2,32, Tschechoslowakei 2,28, Belgien 1,14, Dänemark 1,89, Österreich 1,07, Ungarn 1,07, Großbritannien 1,08, Deutschland 1,08, Norwegen 0,56, Norwegen 0,56.

Im Jahre 1926 sind die Realloöhne in Deutschland gesunken. Die Realloöhne sind nach den Angaben der 'Wirtschaft und Statistik' im Jahre 1925 um 18,8 Proz. gesunken, 1926 aber nur um 0,9 Proz. Das ist noch nicht der schlimmste Fall, während die Angehörigen der Lebenshaltungskosten sich um 4 1/2 Proz. erhöht hat.

Das Schicksal der italienischen Gewerkschaften. Der Renegat Mussolini hat einige Gewerkschaftsführer gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der sie ihren Beitritt zum Faschismus vollzogen. Auch der Führer D'Arzogna würde nach Nachrichten in kommunistischen Zeitungen darunter gewesen, das wird aber entschieden von ihm bestritten und als unwahr erklärt.

Bücherchau.

Das Februar-Fest der 'Arbeiter-Jugend' bringt einen sehr reichhaltigen Lesestoff. Das Abonnement bei der Post ist allen Interessenten sehr zu empfehlen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 14. bis 20. Februar ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!

Den Interessenten für Fachlehrschriften teilen wir zur gefälligen Beachtung mit, daß 'Das Festen der Postler' nicht mehr vergiffen ist und nicht mehr geliefert werden kann.

Frankfurt a. M. 25 Jahre gehören dem Verbande an: Jean Engel, Peter Pfeiffer, Otto Sauer und Karl Weil, sämtlich Portefeuller.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Dienstag, den 22. Februar 1927, abends 7 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Tagesordnung: Wählerprüfung § 3 des Ortsstatuts. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Sterbefatal.

Berlin. Am 7. Februar verstarb das Mitglied Bruno Strelau, Sattler, im Alter von 36 Jahren. Hamburg. Am 4. Februar starb der Tapezierer Moritz Büttner im Alter von 46 Jahren. Ehre ihrem Andenken!